

SVP des Kantons Zürich

Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66

Fax 044 217 77 65

E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Dübendorf, 3. Juni 2019

Klima- und Umweltschutz durch Fortschritt statt Symbolpolitik

Kantonsrat Christian Lucek, Mitglied der KEVU, Dänikon

Ja – das Klima erwärmt sich;

Ja – zuviel CO₂ in der Atmosphäre spielt dabei wahrscheinlich eine Rolle;

Ja – der Mensch erzeugt CO₂ und trägt damit zur Erwärmung bei;

Ja – auch die Schweiz trägt einen Anteil, um genau zu sein 0,1 Prozent, zum weltweiten menschengemachten CO₂ Ausstoss bei.

Und ja, es steht ausser Frage, dass die Natur unsere Lebensgrundlage darstellt und daher schädliche Einflüsse jeglicher Art in Grenzen gehalten werden sollen.

Doch ist das alles neu? Stehen wir vor dem Abgrund? In der mit religiösem Eifer geschürten Klimapanik warnen überhitzte Politiker vor dem nahenden Weltuntergang, das Geschäft mit der Angst beschert den dunkel, hell und neu Grünen Parteien Wahlerfolge und in den Parlamenten den Durchbruch von Symbolpolitik in Form von missbräuchlichen und wirkungslosen Notstandserklärungen.

Fortschritt wird von Zuwanderung kompensiert

Der ganze Hype blendet die enormen Fortschritte der letzten Jahrzehnten aus. Als ich so alt war wie die jungen Klimademonstranten von heute, benötigten wir zum Heizen des Elternhauses so viel Öl, wie wir heute für 15 Wohneinheiten brauchen.

Flugzeuge waren um Faktoren lauter, zogen eine lange Rauchschleppe hinter sich her und verbrauchten 43 Prozent mehr Treibstoff pro Passagierkilometer als heute.

Das öffentliche Verkehrsnetz wurde und wird massiv ausgebaut, laufende Effizienzsteigerungen im modernen Automobilbau, sowie alternative Antriebe führten zu einer wesentlich besseren Energiebilanz.

Doch das Bevölkerungswachstum durch die Zuwanderung, führt zu einem stetig steigenden Energiebedarf und bringt die Kapazität der Infrastrukturen an die Grenze, die erreichten Fortschritte werden dadurch weitgehend ausgeglichen, der Bedarf an Treibstoffen und Strom ist aber dabei in den letzten 40 Jahren im Kanton Zürich konstant geblieben.

Das zeigt aber auch, die Schweiz und der Kanton Zürich ist in Sachen Energieeffizienz gut unterwegs, würden unsere Massstäbe global angesetzt, die Klimadebatte würde, wenn überhaupt, wesentlich entspannter geführt.

Freiheit und Marktwirtschaft für Umweltschutz und Wohlstand

Entgegen dem was die Klimapopulisten unterstellen, sind in der jüngeren Vergangenheit massive Anstrengungen zur Verbesserung der Ökobilanz in allen Sektoren unternommen worden. Am erfolgreichsten immer dann, wenn der Markt spielt und sich ökologische Entwicklungen auch ökonomisch rechnen, was meistens der Fall ist, denn Energie kostet Geld. Es sind die Hauseigentümer, die Unternehmen, KMU und die Bauern welche den grössten Beitrag leisten und auch als Produzenten von erneuerbaren Energien die Nase vorne haben.

Die propagierte Suffizienz der Klimaheiligen führt zu nicht hinnehmbaren Freiheitsbeschränkungen und zur Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit, sie gefährdet genau den Wohlstand den es braucht um die erforderlichen Fortschritte zu finanzieren.

Ideologiefreie Sachlichkeit ist gefragt

Wenn wir nun aktuell das CO₂ als grösste Geissel der Menschheit einschätzen und daher auf die Elektromobilität, Wärmepumpen und die Digitalisierung setzen, dann brauchen wir Strom, viel Strom.

Mit erneuerbaren Energien alleine werden wir das nie schaffen, die Sonne scheint dann aufs Panel, wenn das Auto unterwegs ist, sie scheint dann nicht, wenn wir heizen wollen. Windräder sind bei uns weder effizient genug noch landschaftsverträglich, die Geothermie zur Stromproduktion noch sehr weit von rentablen Lösungen entfernt. Zu Dumpingpreisen importierter Kohle- und Gaskombistrom aus Deutschland kann unmöglich die Lösung sein, die Klimaziele würden damit geradezu pervertiert.

Man kann es also drehen und wenden wie man will, es geht nicht auf. Wenn die CO₂ Emissionen tatsächlich unser grösstes Problem sind, dann führt kein Weg daran vorbei die Haltung zur Kernenergie überdenken. Denk- und Technologieverbote führen da nicht weiter.

Nur in Kombination mit Pumpspeicherwerken, erneuerbaren Energien und Kernkraftwerken neuester Generation, können die Klimaziele bei unverändertem Bevölkerungswachstum ohne Wohlstandsverlust erreicht werden.

Staatlicher Zwang führt zu sozialer Ungerechtigkeit

Überbordende Vorschriften, Lenkungsabgaben und Einschränkungen sind freiheitsfeindlich und unsozial. Geplante Anpassungen im Energiegesetz führten zum Beispiel dazu, dass ein älteres Paar, welches seinen Lebensabend im eigenen Haus verbringt, frei von Hypothekarschulden einen hohen Eigenmietwert versteuert, die Krankenkasse von der AHV bezahlt, plötzlich vom Staat verordnet die Ölheizung durch eine Wärmepumpe ersetzen und das alte Haus aufwändig energetisch sanieren muss. Das ist nicht finanzierbar, die Senioren würden aus ihrem Eigentum vertrieben. Bei einem

späteren Handwechsel werden diese älteren Liegenschaften immer saniert oder durch Ersatzneubauten ersetzt, die Verbesserung der Energiebilanz tritt völlig natürlich und ohne staatliches Zutun ein.

Die angestrebte massive Verteuerung der Treibstoffe in der Mobilität, schlägt auf die Produktionskosten, trifft Werktätige welche auf das Auto angewiesen sind und belastet insbesondere die tieferen Einkommen und den Mittelstand, Reisen können sich nur noch die Reichen leisten.

Realpolitik statt Aktionismus

Wir alle wollen und sollen die Natur als unsere Existenzgrundlage erhalten und schützen. Wahlkampf motivierte Symbolpolitik ist dazu ungeeignet und kontraproduktiv.

Wir fordern eine Umweltpolitik welche:

- Sachlich und ideologiefrei geführt wird;
- Den Faktor Zuwanderung nicht ausblendet;
- Die Versorgungssicherheit gewährleistet.

Umweltschutzziele sind wie bisher mit konkreten Massnahmen, welche sowohl ökonomisch tragbar wie auch ökologisch nützlich sind, auf freiheitlicher marktwirtschaftlicher Basis ohne staatlichen Zwang, Ablasshandel und prohibitiven Lenkungsabgaben zu erreichen.